



Schwedischer Gripen-Entscheid verunsichert Schweizer Politiker

Das schwedische Parlament sagte gestern Ja zum Gripen-Programm - aber nur unter Vorbehalten. Das vergrössert bei Schweizer Politikern die Skepsis.

Bruno Kaufmann, Stockholm und Christian Brönnimann

Der Grundsatzentscheid im schwedischen Parlament fiel sehr deutlich aus: 264 Abgeordnete stimmten für die Weiterentwicklung und den Kauf von 40 bis 60 Kampffjets des Typs Jas Gripen E. Dabei konnte die bürgerliche Vierpartei-Regierung auch auf die Stimmen der oppositionellen Sozialdemokraten und der rechtspopulistischen Schwedendemokraten zählen. Nur die Umweltpartei und die linken Postkommunisten sprachen sich gegen das Rüstungsprojekt aus, das in den kommenden 30 Jahren über 15 Milliarden Franken kosten wird.

Damit hat das Gripen-Projekt eine erste wichtige politische Hürde übersprungen: Im Vorfeld des Entscheids gab es viel Kritik aus der schwedischen Armee, die befürchtet, dass wegen der neuen Kampfflieger viele andere Rüstungsvorhaben nicht mehr zu realisieren sein werden. In den letzten 30 Jahren hat Schweden fast 200 Gripen in

Dienst gestellt, von denen allerdings heute viele nicht mehr in Betrieb sind, da sich die grossen Hoffnungen auf einen Export nur teilweise realisiert haben.

Parlament überprüft jedes Jahr

Mit dem vereinbarten Kauf von 22 Gripen E durch die Schweiz könnte aber Schwedens grösstes Industrieprojekt, an dem fast 100 000 Arbeitsplätze hängen, ein zweites Leben erhalten: Die schwedische Regierung behält sich mit dem heutigen Parlamentsentscheid auch ausdrücklich vor, in zwei Jahren auf den Grundsatzbeschluss zurückzukommen, «sollte die Schweiz oder ein anderes Land bis dann nicht mindestens 20 Flugzeuge bestellt» haben. Zudem beschloss der Reichstag gegen die Stimmen der bürgerlichen Regierungs-

parteien, eine jährliche Überprüfung des Rüstungsprojekts durch das Parlament durchzuführen. Damit soll sichergestellt werden, dass der Gripen «technisch und finanziell nicht aus dem Ruder läuft», wie es ein sozialdemokratischer Abgeordneter in der Schlussdebatte betont hatte.

Wie viele Jets Schweden schliesslich kaufen wird, bleibt nach dem gestrigen Beschluss offen: Im Budget 2013 sind für Weiterentwicklung und Bau des neuen Gripen-Typs gerade einmal 50 Millionen Franken reserviert, also nur ein Bruch-

teil der gut 500 Millionen Franken Kosten, welche für das Gesamtprojekt bis 2042 jährlich erwartet werden.

Für die Gripen-Skeptiker in der Schweiz liefern die Beschlüsse des schwedischen Parlaments neue Argumente. Die nun eingebaute «Notbremse» sei «brandgefährlich», sagt SVP-Nationalrat Thomas Hurter. Denn alle Zusicherungen der schwedischen Regierung seien wertlos, wenn schlussendlich das Parlament die Übung jedes Jahr stoppen könne. Ähnlich tönt es bei Chantal Galladé (SP). Das zusätzliche Risiko verschlechtere die Position der Schweiz weiter, die dem schwedischen Parlament auf «Gedeih und Verderb» ausgeliefert sei, sagt die Präsidentin der nationalrätlichen Sicherheitskommission. Umso mehr müsse der Bundesrat vertraglich festhalten, welche Konsequenzen es hätte, wenn ausgehandelte Bedingungen nicht eingehalten würden.

Treffen mit Maurer ergebnislos

Auch bei den noch unentschlossenen Mittelpolitikern gibt die jährliche Überprüfung des Gripen-Programms zu reden. Am Montagabend trafen sich die Parteipräsidenten von FDP, CVP, BDP und GLP, jeweils in Begleitung eines Gripen-Experten der Partei, mit Verteidigungsminister Ueli Maurer, um offene Fragen zum 3,1-Milliarden-Deal zu klä-

ren. Dabei sei auch die neue Situation in Schweden angesprochen worden, sagt FDP-Chef Philipp Müller.

Ansonsten gibt er sich zugeknöpft. Bis Ende dieser Woche will Müller die

Position der FDP zum Gripen parteiintern klären. CVP-Präsident Christophe Darbellay will sich dafür sogar bis im Januar Zeit lassen. Die Begründung für die Zurückhaltung liefert BDP-Präsident Martin Landolt: Das Treffen mit Maurer habe inhaltlich keine neuen Fakten geschaffen, sagt er. Man sei weiterhin auf

Dossier: Der Kampf um den Jet
www.kampfjet.derbund.ch

der Suche nach Möglichkeiten, wie das Geschäft doch noch unterstützt werden könne. Eine weitere Person, die der Sitzung beiwohnte, aber nicht namentlich zitiert werden will, sagt, man könne das Treffen sowohl als Beruhigung als auch als Beunruhigung verstehen.

Konkrete neue Fakten stellt das Verteidigungsdepartement (VBS) erst im nächsten Frühling in Aussicht. Dann soll der Rohentwurf des Beschaffungsvertrags mit Schweden vorliegen, in dem unter anderem die technischen Spezifikationen des Gripen E enthalten sind. Das VBS verspricht, dass die zuständige Subkommission Einsicht in den Vertrag erhalten werde.